



GEMEINDEAMT WERNBERG

Bundesstr. Nr. 11 - 9241 Wernberg
Tel.Nr. 04252 3000 - Fax. 04252 3000-41
e-mail: wernberg@ktn.gde.at

Niederschrift

über die Sitzung des

Gemeinderates

3/2018

der Gemeinde Wernberg am

Mittwoch 17.5.2018
mit Beginn um 19:00 Uhr

A n w e s e n d :

BGM	Zwölbar Franz	Bürgermeister	
VBGM	Ing. Liposchek Franz	1. Vizebürgermeister	
VBGM	Ing. Ulbing Walter	2. Vizebürgermeister	
GV ⁱⁿ	Rogi Marlene	Gemeindevorstand	
GR	Mikosch Gregor	Gemeinderat	f. Ing. Schellander Arnulf
GR	Reg. Rat Peters Bruno Roland	Gemeinderat	
GR	Ing. Mitterböck Christian	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Hubmann Sabine	Gemeinderätin	
GR	Struckl Gottfried	Gemeinderat	f. GR Kriegl Christopher
GR	Dr. Schwarz Friedrich	Gemeinderat	
GR	Warmuth Thomas	Gemeinderat	

GR ⁱⁿ	Arneitz Patricia	Gemeinderätin	
GR	Müllner Christian	Gemeinderat	f. GV Ing. Rasom Arthur
GR	Gallo Markus	Gemeinderat	f. Di Bernardo Markus
GR	Prisnig Harald	Gemeinderat	
GR	Piuk Martin	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Fradler Siegrid Angelika	Gemeinderat	f. GV Müller Adam
GR	Ing. Borchardt Uwe	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Partoloth Veronika	Gemeinderätin	
GR	DI Borchardt Max	Gemeinderat	f. GR Tengg Martin
GR ⁱⁿ	Mag. ^a Wiltschnig Martina	Gemeinderätin	
GR ⁱⁿ	Mag. ^a Wiltschnig Brigitte	Gemeinderätin	
GR	Reg. Rat Leopold Schmoliner	Gemeinderat	
AL ⁱⁿ	Liposchek Doris	Amtsleiterin	
	DI Dirr Thomas	Bauamtsleiter	
SCHR ⁱⁿ	Triebnig Eva	Schriftführerin	

A b w e s e n d :

GR	Ing. Schellander Arnulf	Gemeinderat
GR	Kriegl Christopher	Gemeinderat
GV	Ing. Rasom Arthur	Gemeindevorstand
GR	Di Bernardo Markus	Gemeinderat
GV	Müller Adam	Gemeindevorstand
GR	Tengg Martin	Gemeinderat

Die Sitzung ist öffentlich!

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden gemäß § 64 Abs. 1 der K-AGO 1998, schriftlich und fristgerecht, unter Bekanntgabe der Tagesordnung, durch den Bürgermeister von der Abhaltung der Sitzung verständigt. Die Zustellnachweise liegen vor. Ort und Tagesordnung wurden gleichzeitig mit der Einberufung an der Amtstafel und im Internet kundgemacht. Dazu teilt Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) mit, dass GRⁱⁿ Birgit Frank (FPÖ) ihr Mandat mit sofortiger Wirkung zurückgelegt hat und GR Martin Piuk (FPÖ) an ihre Stelle in den Gemeinderat berufen wurde.

Dem Gemeinderat liegt die Tagesordnung vor.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Tagesordnung	
1	Bestellung zweier Mitglieder zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45, Abs. 4 – K-AGO.
2	Nachwahl eines Ersatzmitgliedes des Gemeindevorstandes.
3	Angelobung eines Ersatzmitgliedes des Gemeindevorstandes.
4	Abwasserverband Wörther See West: Namhaftmachung eines Ersatzmitgliedes.
5	Bestellung eines Datenschutzbeauftragten – Kooperationsvereinbarung Kärntner Gemeindebund.
6	Beschlussfassung über den Wasserliefervertrag mit der Stadt Villach.
7	Beschlussfassung über den BA 01 – WVA Wernberg.
8	Beschlussfassung über die Zweckänderung von Bedarfszuweisungsmitteln.
9	Beschlussfassung über die Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln.
10	Investitions- und Finanzierungsplan „Grundkauf Pfeifer“.
11	Investitions- und Finanzierungsplan „FF Damtschach Lagerraum“.
12	Investitions- und Finanzierungsplan „Örtliches Entwicklungskonzept OEK“.
13	Investitions- und Finanzierungsplan: Entwässerung Zentralraum.
14	Änderung Investitions- und Finanzierungsplan „Sanierung Eichelburg“.
15	Änderung Investitions- und Finanzierungsplan „Hochwasserschutz“.
15	Mittelfristiger Investitionsplan 2018.
16	Rechnungsabschluss 2017.
17	1. ordentlicher und 1. außerordentlicher Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2018.
18	Mittelfristiger Investitionsplan 2018.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat zur Kenntnis, dass die endgültige Fassung des im TOP 6. bezeichneten Wasserliefervertrages noch nicht vorliegt. Er stellt daher den Antrag, den TOP 6. „Beschlussfassung über den Wasserliefervertrag mit der Stadt Villach“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

Mit der Absetzung des TOP 6 erklärt sich der Gemeinderat einhellig für einverstanden.

Der Bürgermeister befragt den Gemeinderat, ob eine weitere Änderung oder Erweiterung der Tagesordnung begehrt wird.

Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, gilt die vorliegende Tagesordnung als einstimmig genehmigt.

Verlauf der Sitzung:

FRAGESTUNDE

Fragen sind keine eingelangt.

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) bringt dem Gemeinderat folgenden Bericht zur Kenntnis:

Erweiterung Firma Lidl:

Bgm. Franz Zwölbar berichtet, dass der Bescheid bezüglich der EKZ 1 Widmung erlassen wurde und mit Veröffentlichung in der Kärntner Landeszeitung rechtskräftig wird.

Pensionierung Brigitte Sapetschnig:

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) berichtet, dass im Gemeinde-Servicezentrum für die Nachbesetzung der Stelle für die Finanzverwaltung 34 Bewerbungen eingelangt sind und nun das Auswahlverfahren beginnt.

Stille Post in Wernberg:

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) berichtet, dass sich das an Ing. Willibald Wutte in Auftrag gegebene Lärmgutachten durch die Witterungsverhältnisse verzögert hat. Das Ergebnis soll am 30.5.2018 im Gemeindeamt präsentiert werden. Erfreulich zu bemerken ist, dass sich das Klima zwischen Herrn Fischer, Postverteilerzentrum, und Herrn Kircher, Bürgerinitiative, sehr positiv gestaltet, zumal Herr Fischer an einer Lösung im Sinne der Bürger interessiert ist.

1	Bestellung zweier Mitglieder zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45, Abs. 4 – K-AGO.
---	---

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) schlägt vor, dass die Niederschrift der heutigen Sitzung von GR Thomas Warmuth (SPÖ) und GR Martin Piuk FPÖ unterfertigt werden soll.

Beschluss:

Dieser Vorschlag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

2	Nachwahl eines Ersatzmitgliedes des Gemeindevorstandes.
---	---

Da GRⁱⁿ Birgit Frank (FPÖ) alle ihre Ämter mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat, ist auch ihr Mandat als Ersatzmitglied im Gemeindevorstand neu zu besetzen. Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) bringt den Gemeinderäten den von der FPÖ eingebrachten und auf GR Markus Di Bernardo (FPÖ) lautenden Wahlvorschlag durch Verlesen zur Kenntnis.

Dieser Wahlvorschlag wird während der Sitzung von allen anwesenden Mandataren der FPÖ-Gemeinderatsfraktion unterzeichnet.

Bgm. Franz Zwölbar erklärt GR Markus Di Bernardo somit als gewählt.

3	Angelobung eines Ersatzmitgliedes des Gemeindevorstandes.
---	---

Da GR Markus Di Bernardo (FPÖ) nicht anwesend ist, kann die Angelobung nicht vollzogen werden.

4	Abwasserverband Wörther See West: Namhaftmachung eines Ersatzmitgliedes.
---	--

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) bringt dem Gemeinderat den Wahlvorschlag seitens der FPÖ vor, wonach ebenfalls GR Markus Di Bernardo (FPÖ) als Ersatzmitglied für den Abwasserverband Wörther See West namhaft gemacht wird.

Der dazugehörige Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde, wird vom Bürgermeister wie folgt verlesen:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Als Ersatzmitglied im Abwasserverband Wörther See West wird für das ordentliche Mitglied Gemeindevorstand Ing. Arthur Rasom

GR Markus Di Bernardo

namhaft gemacht.“

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einhellig, GR Markus Di Bernardo (FPÖ) als Ersatzmitglied des Abwasserverbandes Wörther See West namhaft zu machen.

5	Bestellung eines Datenschutzbeauftragten – Kooperationsvereinbarung Kärntner Gemeindebund.
---	--

Vbgm. Ing. Franz Liposchek (SPÖ) verliest den dazugehörigen Amtsvortrag wie folgt:

Ab 25.5.2018 ist die EU-weit einheitliche und unmittelbar anwendbare Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten. Sie enthält Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten.

Die Gemeinden haben einen hohen Bestand an personenbezogenen Daten (Meldedaten, Personenstandsdaten, Abgabenrückstände, soziale Notlagen, Vertragsunterlagen, etc.) weshalb ein besonderes Risiko für das Grundrecht auf Datenschutz besteht.

Als „Verantwortliche“ im Sinne der Datenschutzgrundverordnung treffen die Gemeinden daher auch besondere Richtlinien in Bezug auf die

- *Verarbeitung personenbezogener Daten
- *Datensicherheit
- *betroffenen Personen („Betroffenenrechte“)

Um die damit verbundenen Herausforderungen leichter und kostengünstig bewältigen zu können, bietet der Kärntner Gemeindebund den Gemeinden eine „Kooperationsvereinbarung Datenschutzrecht“ an, mit welcher ein Datenschutz-Unterstützungspaket zur Verfügung gestellt wird. Ebenso wird im Rahmen dieses Kooperationsvertrages auch die Möglichkeit geboten, eine Mitarbeiterin des Gemeindebundes (Frau Mag. Tanja Guggenberger) ohne Verrechnung als Datenschutzbeauftragte zu bestellen.

Er verliest den dazu vorliegenden Antrag, unterfertigt von der Fraktion der SPÖ wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende „Kooperationsvereinbarung Datenschutzrecht“ mit dem Kärntner Gemeindebund wird genehmigt. Als Datenschutzbeauftragte nach Art. 37 Abs. 1 lit.a und Abs. 3 DSGVO, § 5 DSG wird mit Wirkung zum 25.5.2018 Frau Mag. Tanja Guggenberger (Kärntner Gemeindebund) bestellt.“

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

6	Beschlussfassung über den Wasserliefervertrag mit der Stadt Villach.
---	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einstimmig abgesetzt.

7	Beschlussfassung über den BA 01 – WVA Wernberg.
---	---

Vbgm. Ing. Walter Ulbing (SPÖ) präsentiert an Hand der vorliegenden Plandarstellung den Amtsvortrag wie folgt:

Im Zuge der Erstellung der Wasserrahmenstudie der WVA Wernberg durch das Büro IBK Ingenieurbüro Kronawetter ZT Gesellschaft m.b.H. wurden die Grundlagen für die Erneuerung und Optimierung der Wasserversorgungsanlage Wernberg erarbeitet.

Dabei wurde eine Prioritätenreihung betreffend der erforderlichen Erneuerungs- und Optimierungsbauabschnitte festgelegt. Diese wurden für den ersten Bauabschnitt präzisiert, planlich detaillierter ausgearbeitet und die Investitionskosten dafür abgeschätzt.

Das Projekt „Versorgungssicherheit WVA: Erneuerung und Optimierung BA 01“ umfasst

- den Zusammenschluss der Zone Wernberg und der Zone Kaltschach
- die Neuverlegung der Wasserleitung im Zuge der Errichtung der Industriestraße
- die Errichtung des Pumpenhauses Kaltschach
- die Neuverlegung der Wasserleitung im Bereich der im Zuge des Autobahnvollanschlusses neu zu errichtenden Kreuzung Industriestraße / B83
- Neuerrichtung der Wasserleitung entlang der B 83 als Ringschluss für den Antonienweg und Stilllegung der Leitung im Bereich der bestehenden Autobahnabfahrt

Die geschätzten Investitionskosten für den Bauabschnitt 01 betragen ca. € 335.000,00 brutto.

Er verliest den von der Fraktion der SPÖ unterfertigten Antrag wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Umsetzung des Projektes „Versorgungssicherheit WVA: Erneuerung und Optimierung BA01“ im Zeitraum August 2018 bis Dezember 2020 wird (wie im dazu vorliegenden Amtsvortrag enthalten) grundsätzlich zugestimmt.“

Beschluss:

Diesem Antrag wird einhellig die Zustimmung erteilt.

8	Beschlussfassung über die Zweckänderung von Bedarfszuweisungsmitteln.
---	---

GR Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) verliest den dazugehörigen Amtsvortrag wie folgt:

Mit Zusicherungszahl A 03-ALL1371/1-2015 wurden von der Abteilung 3 – Gemeinden im außerordentlichen Haushalt für das Vorhaben „Straßen- und Gehwegplanungen und Straßenbau € 35.200,00 zugesichert und aufgrund des Antrages der Gemeinderevision bereits € 32.700,00 zur Auszahlung gebracht. Für € 300,00 wird demnächst ein Antrag auf Auszahlung gestellt.

Für die restlichen € 2.200,00 soll eine Zweckänderung für das Vorhaben „Winterdienst“ im Ordentlichen Haushalt erfolgen.

GR Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) verliert den Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die mit Zusicherungszahl: A03-ALL1371/1-2015 zugesicherten Bedarfszuweisungsmittel von € 35.200,00 soll nachstehende Zweckänderung von € 2.200,00 erfolgen:

Straßen- und Gehwegplanungen und Straßenbau im AOH
zugesicherte Bedarfszuweisung € 35.200,00

davon Zweckänderung für
Winterdienst im OH € 2.200,00

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird einstimmig vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

9	Beschlussfassung über die Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln.
---	--

Dieser Amtsvortrag wird ebenfalls von GR Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) den Gemeinderäten durch Verlesen zur Kenntnis gebracht:

Mit Schreiben vom 29.9.2017 (Amt der Kärntner Landesregierung) Zahl: A03-ALL- 58/28-2017 wurden der Gemeinde Wernberg € 295.000,00 an Bedarfszuweisungsmittel für das Jahr 2018 zugesichert und sollen, wie folgt, verwendet werden:

Ordentlicher Haushalt

Tilgung Regionalfondsdarlehen L 47 a € 70.000,00
Tilgung Regionalfondsdarlehen Slow. Schulverein € 20.200,00

Außerordentlicher Haushalt

Sanierung Verwaltungsgebäude II € 132.600,00
Straßensanierungen 2018 € 58.700,00
ÖBB-Lärmschutz € 13.500,00

Er verliert nachstehenden Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die mit Schreiben vom 29.9.2017 (Amt der Kärntner Landesregierung) Zahl: A03-ALL- 58/28-2017 zugesicherten Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von € 295.000,00 sollen wie folgt verwendet werden:

Ordentlicher Haushalt

Tilgung Regionalfondsdarlehen L 47 a € 70.000,00
Tilgung Regionalfondsdarlehen Slow. Schulverein € 20.200,00

Außerordentlicher Haushalt

Sanierung Verwaltungsgebäude II € 132.600,00
Straßensanierungen 2018 € 58.700,00

Beschluss:

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einhellig beschlossen.

10	Investitions- und Finanzierungsplan „Grundkauf Pfeifer“.
----	--

GVⁱⁿ Marlene Rogi (SPÖ) legt den Einzel- Investitions- und Finanzierungsplan „Grundkauf Pfeifer“ im Gesamtbetrag von € 190.000,00 dar, wobei die Finanzierung aus Mitteln des Regionalfonds (€ 180.000,00) und aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes erfolgt.

Sie verliest nachstehenden Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Einzel-Investitions- und Finanzierungsplan „Grundkauf Pfeifer“ wird genehmigt.“

Beschluss:

Dem Investitions- und Finanzierungsplan „Grundkauf Pfeifer“ wird einhellig die Zustimmung erteilt.

11	Investitions- und Finanzierungsplan „FF Damtschach Lagerraum“.
----	--

Vbgm. Ing. Franz Liposchek (SPÖ) erläutert den Einzel- Investitions- und Finanzierungsplan „FF Damtschach Lagerraum“ im Gesamtbetrag von € 105.000,00, wobei im Jahr 2017 € 43.000,00 aus der Rücklage und im Jahr 2018 € 62.000,00 aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes finanziert werden.

Er verliest den dazugehörigen Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Einzel-Investitions- und Finanzierungsplan „FF Damtschach Lagerraum“ wird genehmigt.“

Beschluss:

Dem Investitions- und Finanzierungsplan „FF Damtschach“ wird einstimmig zugestimmt.

12	Investitions- und Finanzierungsplan „Örtliches Entwicklungskonzept OEK“.
----	--

Vbgm. Ing. Franz Liposchek (SPÖ) präsentiert den Einzel- Investitions- und Finanzierungsplan „Örtliches Entwicklungskonzept OEK“ wie folgt:

Die Gesamtkosten betragen € 50.000,00, wobei im Jahr 2017 € 20.000,00 aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes und im Jahr 2018 € 10.000,00 aus Mitteln des Regionalfonds bezahlt werden sollen.

Nachfolgender Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde, wird durch Verlesen dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Einzel-Investitions- und Finanzierungsplan „Örtliches Entwicklungskonzept – ÖEK“ wird genehmigt.“

Beschluss:

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

13	Investitions- und Finanzierungsplan: Entwässerung Zentralraum.
----	--

Vbgm. Ing. Walter Ulbing (SPÖ) unterbreitet den Gemeinderäten den dazu vorliegenden Einzel- Investitions- und Finanzierungsplan: Entwässerung Zentralraum und hält dazu fest, dass bis jetzt noch kein Termin für die Wasserrechtsverhandlung feststeht. Die reinen Baukosten betragen € 70.000,00, wobei im Jahr 2017 € 60.000,00 bezahlt wurden und im Jahr 2018 € 10.000,00 jeweils aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes zu bezahlen sein werden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende Einzel-Investitions- und Finanzierungsplan „Entwässerung Zentralraum“ wird genehmigt.“

Beschluss:

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

14	Änderung Investitions- und Finanzierungsplan „Sanierung Eichelburg“.
----	--

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) informiert den Gemeinderat über die Änderung des Investitions- und Sanierungsplanes „Sanierung Eichelburg“ wie folgt:

Die reinen Baukosten für die Sanierung der Eichelburg betragen im Jahr 2018 € 71.000,00, wobei € 36.000,00 aus der Rücklage und € 35.000,00 aus den Mitteln des ordentlichen Haushaltes bezahlt werden. Auch private Mittel fließen in die Sanierung der Eichelburg. Die Sanierung befindet sich bereits im 3. Jahr und es wird vor allem Wert auf die sanfte Nutzung und Begehbarkeit gelegt, um kulturelle Veranstaltungen durchführen zu können.

Bgm. Franz Zwölbar verliest den von der Fraktion der SPÖ unterfertigten Antrag wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die vorliegende Erweiterung des Einzel-Investitions- und Finanzierungsplanes „Sanierung Eichelburg“ wird genehmigt.“

Beschluss:

Der geänderte Einzel-Investitions- und Finanzierungsplan „Sanierung Eichelburg“ wird einstimmig genehmigt.

15	Änderung Investitions- und Finanzierungsplan „Hochwasserschutz“.
----	--

Vbgm. Ing. Walter Ulbing (SPÖ) präsentiert den Investitions- und Finanzierungsplan betreffend den Hochwasserschutz. Die reinen Baukosten betragen € 15.000,00 und werden aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes finanziert.

Er bringt dem Gemeinderat den Antrag, der von der SPÖ unterschrieben wurde, durch Verlesen zur Kenntnis:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegenden Erweiterung des Einzel-Investitions- und Finanzierungsplanes „Hochwasserschutz“ wird zugestimmt.“

Beschluss:

Diesem Antrag wird einhellig die Zustimmung erteilt.

16	Rechnungsabschluss 2017.
----	--------------------------

GRⁱⁿ Mag.^a Brigitte Wiltschnig (GRÜNE) verliest den gesamten Bericht über die Prüfung der Jahresabrechnung 2017 und stellt fest, dass alle erforderlichen Unterlagen vorhanden waren. Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) bedankt sich beim Kontrollausschuss für die durchgeführte Prüfung.

Aus den nachstehenden Einnahmen und Ausgaben ergibt sich jeweils folgender Soll-Überschuss:

	Ordentlicher Haushalt:	Außerordentlicher Haushalt:
Einnahmen:	€ 9.782.656,96	€ 1.216.267,41
Ausgaben:	€ 9.595.763,83	€ 1.058.815,41
Soll-Überschuss:	€ 186.893,13	€ 157.452,00

In mehreren Wortmeldungen wird festgestellt, dass die Wirtschaft in Wernberg floriert und durch Betriebsansiedlungen die Kommunalsteuer eine erhebliche Steigerung erfahren hat.

Der dazugehörige Antrag lautet wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2017 wird gem. § 90 der K-AGO in Verbindung mit § 78 der K-GHO festgestellt.“

Beschluss:

Die Jahresabrechnung 2017 wird mit 22:1 Stimmen (dagegen GR Reg. Rat. Leopold Schmoliner, WG) festgestellt.

17	1. ordentlicher und 1. außerordentlicher Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2018.
----	---

GR Reg. Bruno Roland Peters (SPÖ) verliest den 1. ordentlichen und 1. außerordentlichen Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2018 und hebt das gute Wirtschaften der Gemeinde und die infrastrukturellen Verbesserungen positiv hervor.

Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes erhöhen sich von € 9.130.300,00 um € 375.400,00 auf € 9.505.700,00.

Die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes erhöhen sich von € 865.700,00 um € 378.100,00 auf € 1.243.800,00.

Der Gesamthaushalt erhöht sich damit von 9.996.000,00 auf € 10.749.500,00.

Er verliest den dazugehörigen Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende 1. ordentliche und 1. außerordentliche Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2018, mit welchem der ordentliche Haushalt von bisher € 9.130.300,00 um € 375.400,00 auf € 9.505.700,00 erweitert und der außerordentliche Haushalt von bisher € 865.700,00 um € 378.100,-- auf € 1.243.800,00 erweitert wird, wird genehmigt. Der Gesamthaushalt erhöht sich somit von € 9.996.000,00 um € 753.500,00 auf € 10.749.500,00.“

Beschluss:

Der 1. ordentliche und 1. außerordentlich Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2018 wird mit 22:1 Stimmen (dagegen GR Reg. Rat Leopold Schmoliner, WG) zum Beschluss erhoben.

18	Mittelfristiger Investitionsplan 2018.
----	--

Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) bringt dem Gemeinderat den mittelfristigen Investitionsplan 2018 durch Verlesen zur Kenntnis.

Der dazugehörige Antrag, der von der Fraktion der SPÖ unterfertigt wurde, wird vom Bürgermeister wie folgt verlesen:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende mittelfristige Investitionsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird genehmigt.“

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den vorliegenden mittelfristigen Investitionsplan für das Haushaltsjahr 2018 zu genehmigen.

Während der Sitzung wurde von GVⁱⁿ Marlene Rogi (SPÖ) ein Antrag gemäß § 41 K-AGO eingebracht, der von allen SPÖ-Mitgliedern unterfertigt und von Bgm. Franz Zwölbar (SPÖ) wie folgt verlesen wurde:

„Der Gemeinderat möge beschließen, dass im eigenen Einflussbereich der Gemeinde Wernberg der Lebensmitteleinkauf in den Produktkategorien Fleisch und Fleischprodukte, Milch- und Milchprodukte sowie Eier und Eiprodukte durch den Einsatz von Qualitätskriterien möglichst aus Kärnten bzw. Österreich stattfindet.“

Dieser Antrag wird vom Bürgermeister dem Gemeindevorstand zur Beratung zugewiesen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und auch keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister um 20.30 Uhr die Sitzung.

Bürgermeister Franz Zwölbar

GR Thomas Warmuth

GR Martin Piuk

Schriftführerⁱⁿ Eva Triebnig